

Liebe Leserinnen und Leser,  
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 10. Dezember 2015. Abgelehnt wurde der Antrag der Linken, den Tagesordnungspunkt Albrecht-Dürer-Kolleg in öffentlicher statt nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln, da Vertragsangelegenheiten betroffen sind.

### **Aktuelle Anfragen**

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der Fraktion Tierschutzpartei/Freie Wähler (TP/FW) teilte die Verwaltung mit, dass bei der Bearbeitung einer Grundstücksteilung aufgefallen ist, dass mehr als 200 Grundstücke an der Bockumer Straße bisher nicht zu Straßenreinigungsgebühren herangezogen worden sind. Das jährliche Gebührenvolumen beträgt ca 18.000 Euro.

### **Bericht aus der Kleinen Kommission Wehrhahnlinie**

Die Verwaltung berichtete, dass das U-Bahn-Bauwerk nahezu fertig ist und durch die Kommission besichtigt wurde.

### **Kleine Kommission Kö-Bogen**

Die Verwaltung berichtete, dass sich die Kommission über den Stand der Grundstücksverkaufsverhandlungen "Kö-Bogen II" informierte. Es wurde vereinbart, dass eine Sondersitzung der Fachausschüsse hierzu stattfinden soll. Diese Sitzung hat am 9.12. stattgefunden, das Verhandlungsergebnis zur Eckpunktevereinbarung mit den Investoren wurde in dieser Sitzung zustimmend zur Kenntnis genommen.

### **Verwaltungsvorlagen**

Der Rat stellte bei Enthaltung TP/FW den **Jahresabschluss 2014 des Stadtbetriebs Zentrale Dienste** fest, erteilte der Betriebsleitung und dem Betriebsausschuss Entlastung vorbehaltlich eines uneingeschränkten Prüfungsvermerkes der Gemeindeprüfanstalt und beschloss, den Überschuss in Höhe von 49,2 TEuro der allgemeinen Rücklage des Stadtbetriebes Zentrale Dienste zuzuführen. Er beschloss gegen Linke bei Enthaltung TP/FW und AFD den **Wirtschaftsplan 2016** mit einem Volumen von 36,5 Mio Euro.

Der Rat stellte bei Enthaltung TP/FW und Rep den **Jahresabschluss 2014 des Stadtentwässerungsbetriebes (SEBD)** fest und entlastete die Betriebsleitung und den Betriebsausschuss. Er beschloss gegen TP/FW bei Enthaltung Rep und AFD, aus dem Überschuss in Höhe von 7,8 Mio einen Teilbetrag in Höhe von 3,5 Mio Euro an den allgemeinen Haushalt auszuschütten und den verbleibenden Betrag den Rücklagen des SEBD zuzuführen.

Der Rat stellte bei Enthaltung TP/FW und Rep den **Wirtschaftsplan des Stadtentwässerungsbetriebes 2016** sowie die Erfolgs- und Vermögensplanung bis 2019 fest. Weiterhin beschloss er einstimmig ab 1.1.2016 **gleich bleibende Gebühren für die Schmutzwasserentsorgung in Höhe von 1,52 Euro je cbm und für die Niederschlagswasserentsorgung in Höhe von 0,98 je qm** befestigter Fläche, wobei für die Niederschlagswasserentsorgung von Gründächern ein ermäßigter Gebührensatz von **0,49 Euro** je qm Gründach gilt. Aus dem zweckgebundenen Eigenkapital werden zur Kostendeckung 11,3 Mio Euro entnommen.

Der Rat beschloss gegen Linke, TP/FW und Rep die Gebührenkalkulation für die **Straßenreinigung 2016**. Die Gebühren werden um 3 % erhöht. Bei einigen Straßen wurden die Reinigungsklassen geändert, neue Straßen wurden in die Satzung aufgenommen.

Der Rat beschloss gegen Linke, TP/FW, Rep bei Enthaltung AFD **neue Gebührentarife im Friedhofsbereich**. Die Gebühren sinken um durchschnittlich 0,03 %, im Bereich Krematorium um 0,3 %.

Der Rat beschloss gegen Linke, TP/FW, Rep neue **Gebührentarife für den Bereich des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes**. Die Gebühren werden im Hinblick auf Tarif- und Kostensteigerungen angepasst. Für die Minigolfanlagen in den Freizeitparks Heerdt und Uhlenberg werden keine Gebühren mehr erhoben. Kirchen und Religionsgemeinschaften, Heimat- und jugendpflegerische Organisationen werden von Entgeltzahlungen befreit, soweit es sich um Breitensport oder gemeinnützige Zwecke handelt und keine Eintrittsgelder erhoben werden. Die Gebühren für Schützen- und Nachbarschaftsfeste sowie Trödelmärkte werden nicht verändert.

Der Rat beschloss gegen CDU, Linke, Rep, AFD, 2 TP/FW die Gebührenkalkulation und Gebührensatzung für die **Abfallentsorgung 2016**. Die Gebührensätze für die Restmülltonnen werden um 4,3 % erhöht, zugleich werden die Gebühren für die Biotonnen um 20 % gesenkt.

Der Rat änderte einstimmig die **Vergnügenssteuersatzung**. Die Steuer steigt in Spielhallen von 15 auf 19 %, in Gaststätten von 9 auf 11 %. Es wird mit Mehreinnahmen in Höhe von 1,5 Mio Euro gerechnet.

Der Rat beschloss einstimmig eine Satzung über die Erhebung einer **Wettbürosteuer**. Sie beläuft sich auf 250 Euro je angefangene 20 qm Veranstaltungsfläche. Es wird mit Einnahmen in Höhe von 0,2 Mio Euro gerechnet.

Der Rat beschloss gegen CDU, Linke, TP/FW, Rep neue Gebühren für die **Clara-Schumann-Musikschule** ab 1.8.2016. Die seit 2012 unveränderten Gebühren werden monatlich um 2 bis 4 Euro angehoben. Ermäßigungen erhalten Düsselpassinhaber/innen (50 %) und Geschwisterkinder (50 % für das dritte Kind und 100 % ab dem vierten Kind).

Der Rat beschloss gegen TP/FW Änderungen der Satzung der **Volkshochschule**. Inhaber/innen der Ehrenamtskarte erhalten eine Ermäßigung von 20 Euro auf eine Veranstaltung ihrer Wahl. Neubürger/innen können durch einen Gutschein eine Ermäßigung von 20 Euro erhalten. Gemäß Ratsbeschluss aus August 2015 werden Alphabetisierungskurse entgeltfrei angeboten.

Der Rat wurde über den wesentlichen Inhalt der **Prüfberichte der Gemeindeprüfanstalt** unterrichtet. Die Prüfung bezog sich auf das Jahr 2011. Die Berichte waren im Rechnungsprüfungsausschuss beraten worden.

Der Rat beschloss einstimmig, den Jahresfehlbetrag des Jahres 2014 in Höhe von 137 Mio Euro der Ausgleichsrücklage zu entnehmen. Er bestätigte den durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüften **Jahresabschluss zum 31.12.2014** und entlastete bei einigen Enthaltungen den Oberbürgermeister. Außerdem bestätigte er den durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüften **Gesamtabschluss per 31.12.2012** und entlastete den Oberbürgermeister.

Der Rat beschloss gegen TP/FW, 20 % (1,9 Mio Euro) der **ÖPNV-Pauschale des Landes** für den barrierefreien Ausbau von Haltestellen zu verwenden und 80 % (7,5 Mio Euro) öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen für investive Maßnahmen zu gewähren.

Der Rat beschloss die **Freigabe verkaufsoffener Sonntage**

- am 6.3. aus Anlass der Messen Beauty und Top Hair (gegen BÜ 90, Linke, TP/FW)
- am 5.6. aus Anlass der Messe Drupa
- am 23.10. aus Anlass der Kunststoffmesse
- am 11.12. aus Anlass des Weihnachtsmarktes

Weitere Öffnungen finden anlässlich regionaler Veranstaltungen in den Stadtteilen statt. Da jährlich nicht mehr als 4 Sonntagsöffnungen erlaubt sind, nehmen diese Stadtteile an den gesamtstädtischen Öffnungstagen nicht teil (gegen Linke, TP/FW): Ein Antrag der Linken, die Verabschiedung der Vorlage zurückzustellen, bis die Verwaltung die vorgeschlagenen Termine im Sinne der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts sowie des Runderlasses des Wirtschaftsministeriums NRW überprüft wurden, fand keine Mehrheit.

Der Rat nahm gegen CDU und bei 3 Enthaltungen (1 SPD, Pirat, 1 TP/FW) neue **Richtlinien für die Berechnung von notwendigen Stellplätzen im Wohnungsbau** zur Kenntnis. Künftig werden die ÖPNV-Anbindung und die Wohnungsgrößen berücksichtigt. Weniger Stellplätze müssen nun bei Studenten- und Altenwohnungen sowie öffentlich geförderten Wohnungen nachgewiesen werden. Die Richtlinie ermöglicht auch den Verzicht auf Stellplätze bei der Schließung von Baulücken laut Baulückenkataster und Erleichterungen, wenn sich Mieter zum Car-Sharing oder zur Nutzung von Mietertickets bei der Rheinbahn verpflichten.

Auf Antrag von SPD, BÜ 90, CDU und FDP beauftragte der Rat (bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen) die Verwaltung, modifizierte Grundsätze zur Fortschreibung des Masterplans **"energieeffiziente und historische Straßenbeleuchtung"** zu entwickeln. Dabei ist der dauerhafte Betrieb von mindestens 4000 Gasleuchten nach den derzeitigen technischen Regelwerken und Sicherheitsvorschriften sicher zu stellen. Es wird ein angemessener Kompromiss zwischen den Belangen des Kulturgutes Gaslaterne und den Anforderungen an eine umweltschonende, energieeffiziente und wirtschaftliche Straßenbeleuchtung angestrebt.

Im Hofgarten soll die Gasbeleuchtung wiederhergestellt werden. Bei den auf Dauer zu erhaltenden historischen Gasleuchten haben zusammenhängende Bereiche mit Denkmalsbereichssatzung sowie Erhaltungsfestsetzungen Priorität, soweit die dort festgelegten Ziele durch die Gasbeleuchtung geprägt werden.

Außerhalb der Erhaltungsbereiche soll eine schrittweise Umrüstung auf LED-Technologie erfolgen, dabei soll eine zeitliche und örtliche Priorisierung im Sinne der Verkehrssicherungspflichten erfolgen. Soweit technisch und finanziell möglich soll beim Ersatz der historischen Gasleuchten das äußere Erscheinungsbild der Leuchten sowie die für Gasleuchten typische Leuchtwirkung durch den Einsatz moderner LED-Technik erhalten werden. Erneuerungsbedürftige Stromleuchten sollen anstelle von Natriumdampfhochdruck möglichst direkt auf LED umgerüstet hat.

Die Verwaltung wurde beauftragt, durch die Gründung einer Stiftung oder einer Kooperation mit einer bestehenden Stiftung die Möglichkeit des bürgerschaftlichen Engagements zur Gasbeleuchtung und zur Förderung des betrieblichen Mehraufwandes zu eröffnen. Außerhalb der Erhaltungsbereiche erfolgt der Wechsel des Energieträgers von Gas auf Strom. Contracting-Modelle sollen geprüft werden mit dem Ziel, den städtischen Haushalt von Investitionsaufwand zu entlasten und ein Finanzierungsmodell zu entwickeln, das eine Umlage der Investitionskosten über Anliegerbeiträge entbehrlich macht. Die Erhaltungsbereiche sollen in 2016 nach Beteiligung der Denkmalbehörden, der Öffentlichkeit, der Bezirksvertretungen und zuständigen Ausschüsse durch den Rat festgelegt werden. Bis zur weiteren Beschlussfassung des Rates sowie der abschließenden Beteiligung der Bezirksvertretungen über die konkrete Ausgestaltung der Er-

haltungsbereiche werden im Sinne der Fortsetzung des von der Verwaltung mit Schreiben vom 9.6.2015 erklärten Moratoriums keine Veränderungen des derzeitigen Bestandes der Gasbeleuchtung vorgenommen, soweit dies technisch möglich ist und keine Gefahr im Verzug besteht. Sollte die für den Bereich der Straßenbeleuchtung ursprünglich geplante Emissionsreduktion aufgrund des dauerhaften Erhalts einer größeren Anzahl von Gasleuchten in den Erhaltungsbereichen nicht vollständig erreicht werden, wird die Verwaltung beauftragt, dies in Abstimmung mit dem Umweltausschuss durch alternative Emissionsminderungsmaßnahmen auszugleichen.

Es wurde beschlossen, eine "Teststrecke Straßenleuchten" einzurichten. Vor allen Umrüstungen findet jeweils eine Bürgerbeteiligung statt, zu der die Anwohner der betroffenen Straßen mit angemessenem Vorlauf eingeladen werden. Sofern verschiedene Leuchtentypen oder Lichtelemente in Betracht kommen, sind diese vorzustellen. Auf die jeweils konkreten umlagefähigen Kostenteile nach Kommunalabgabengesetz ist hinzuweisen. Die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung trifft die jeweils zuständige Bezirksvertretung.

Die Investitionskosten für die Umrüstung von 10.600 Gasleuchten auf elektrischen Betrieb werden auf ca. 50 Mio Euro geschätzt, für die Sanierung von 4000 Gasleuchten werden ca. 14 Mio kalkuliert. Gasleuchten verursachen 375 Euro Betriebskosten elektrische Leuchten 91 Euro pro Jahr.

Der Rat änderte gegen CDU die **Zuständigkeitsordnung**. Wesentlich ist, dass nunmehr der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung über die maßgeblichen Kriterien für Ausschreibungen von Grundstücken zur Veräußerung oder zum Abschluss von Erbbaurechtsverträgen entscheidet, wenn ein Geschäftswert von 250.000 Euro erreicht wird. Er soll bei Erwerb und Veräußerung von Grundstücken oder Erbbaurechtsverträgen ab 250.000 Euro eine Empfehlung gegenüber dem Rat abgeben. Zuvor sollen im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften sowie im Ausschuss für Wohnungswesen Beratungen stattfinden.

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften soll über die Grundsätze der Konzeption und Organisation der Weihnachtsmärkte entscheiden und die Grundsätze des Liegenschaftsmanagements beraten. Außerdem wird seine Zuständigkeit um Angelegenheiten von internationaler Bedeutung erweitert.

Der Schulausschuss erhält das Recht zur Beratung und Abgabe einer Empfehlung im Rahmen von Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüssen über Schulbaumaßnahmen.

Der Rat beschloss gegen CDU, Linke, Rep bei Enthaltung AFD die **Neufassung der Benutzungsordnungen für die Bürgerhäuser**. Die seit 1996 unveränderten Gebühren werden moderat angehoben. Unverändert werden ermäßigte Konditionen für gemeinnützig wirkende Organisationen eingeräumt.

Der Rat beschloss gegen Linke und TP/FW den Beitritt der Stadt zum **WHO European Healthy Cities Network**. Die Anzahl der Mitgliedsstädte ist auf 100 begrenzt. Bis 31.12.2015 muss Düsseldorf sein Interesse bekunden. Die Kosten der Mitgliedschaft betragen 6.000 US \$.

Der Rat beschloss gegen CDU, Linke, Pirat, AFD, 2 TP/FW die Einstellung des Betriebs des Bücherbusses zum 1.1.2016. Der **Bücherbus** stammt aus dem Jahr 1987 und ist durch Reparaturen häufig ausgefallen. Nur weil der Bus als selbstfahrende Arbeitsmaschine eingestuft wurde, unterliegt er nicht der Plakettenpflicht für die Umweltzone. Unter Aspekten der Arbeitssicherheit erfüllt der Bus nicht die aktuellen Mindeststandards. Derzeit ist der Bus ohne Stammpersonal und wird durch Abordnung von zwei Mitarbeitern seit einigen Monaten fortgeführt. Während in den Büchereien die Medienausleihen ansteigen, sind die Nutzungen des Bücherbusses rückläufig. Festgestellt wurde, dass 1277 Nutzersausweise seit 2007 ausgegeben wurden, die zu 92 % parallel

auch in den Büchereien eingesetzt werden. Lediglich 102 Kundinnen und Kunden nutzen ausschließlich den Bücherbus. Auf Antrag von SPD, BÜ90 und FDP beauftragte der Rat gegen CDU, Linke die Verwaltung, alternative Konzepte und Kooperationen mit den Stadtteilbüchereien, den Büchereien der Kirchengemeinden, den Schulbüchereien, den zentren plus und Ehrenamtlichen zu erarbeiten, die den Bürgerinnen und Bürgern in den betroffenen Stadtteilen Literaturangebote vermitteln. Technische Lösungen wie die Anbringung von Bücherautomaten sollen geprüft, der Ausbau der onlineAngebote der Stadtbüchereien vorangetrieben und das Konzept für die neue Zentralbibliothek in einem gemeinsamen Prozess mit den Bürgern und Bürgerinnen entwickelt werden. Über den Antrag der Linken, die Einrichtung eines dem Bücherbus gleichwertigen dezentralen Bibliothekangebots im Bereich der derzeitigen Haltestellen zu prüfen, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Der Rat stimmte mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜ 90 bei Enthaltung des Rep der Bereitstellung von 200.000 Euro zur Beauftragung eines Beratungsunternehmens zu, das bei der Durchführung des Projektes "**Verwaltung 2020**" unterstützt, zu. Ziel des Projektes ist es, die Verwaltung sukzessive demografiefest, leistungsstark und zukunftsfähig aufzustellen. Amts- und Institutsleitungen sollen wieder eigenverantwortlich über Stellenbesetzungen entscheiden. Die Geschäftsanweisung zur Stellenbesetzung und Personalkostenbudgetierung soll evaluiert und eine am tatsächlichen Bedarf orientierte Personalausstattung ermittelt werden. Der aktuelle Geschäftsverteilungs- und Stellenplan lässt sich als Steuerungsinstrument nicht einsetzen, da er keine Antwort auf die Frage zulässt, wieviel Personal für welche Aufgaben benötigt wird. Auf der einen Seite werden ca. 1000 freie Planstellen aufgeführt, auf der anderen Seite werden ca. 500 Beschäftigte auf überplanmäßigen Stellen geführt. Als Sofortmaßnahme werden die Plätze für Auszubildende und Ausbildungsgänge erhöht. Der Oberbürgermeister stellte klar, dass der Berater den Prozess, der von unten nach oben läuft, anleiten und begleiten soll. Er ist überzeugt, dass noch Potenziale gehoben werden können, wenn ein kritischer Blick auf das eigene Schaffen geworfen wird. Thomas Geisel wies auf das begrenzte Beraterbudget hin, in erster Linie ist die Verwaltung selbst gefordert. Über den Änderungsantrag der Antrag der CDU, eine externe Organisationsuntersuchung für die gesamte Stadtverwaltung und ihre Eigenbetriebe in Auftrag zu geben, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

### **Schulentwicklungsplanung**

Im Bereich der **weiterführenden allgemeinbildenden Schulen** wird eine Steigerung von 4800 Kindern und Jugendlichen prognostiziert. Im Hauptschulbereich kann die Kapazität um 4-5Züge reduziert werden. Bei Real- und Gesamtschulen wird bis 2018 ein Bedarf von zusätzlichen vier bzw. fünf Zügen erwartet, bei den Gymnasien zusätzlich 19 Züge. Insgesamt müssen 257 Unterrichtsräume geschaffen werden. Hiervon werden 126 Räume durch folgende Maßnahmen realisiert:

- Am Schulstandort **Tersteegenstraße 62/Felix-Klein-Str. 3** wird das Georg-Büchner-Gymnasium von einem Aufbaugymnasium in ein Regelgymnasium geändert. Der Aufbau der vierzügigen Sekundarstufe 1 beginnt zum 1.8.2016. Die Sekundarstufe II soll achtzünftig festgelegt werden. Nach drei Jahren soll die am Standort befindliche Realschule Golzheim in einen Neubau in der Nachbarschaft des Gymnasiums Koetschaustraße verlagert werden.
- am **Geschwister-Scholl-Gymnasium** soll die Zügigkeit um einen Zug auf sechs Züge erhöht werden. Die Prüfung der erforderlichen Baumaßnahmen muss noch erfolgen;
- am Schulstandort **Schmiedestraße 25** soll ab 1.8.2016 ein vierzügiges Gymnasium aufgebaut werden. Die Adolf-Reichwein-Hauptschule wird zum 1.7.2016 aufgelöst. Bis zum Auslaufen der vorhandenen Klassen wird die Hauptschule als Teil-

standort der Dumont-Lindemann-Schule geführt. Die Jahrgangsklassen 8 bis 10 verbleiben noch am Standort Schmiedestraße, die Klassen 6 und 7 werden am Standort Weberstraße 3 (Dumont-Lindemann-Schule) geführt;

- am **Friedrich-Rückert-Gymnasium** wird die Zügigkeit um einen Zug auf fünf Züge ab 1.8.2016 erhöht. Um- und Erweiterungsbauten sind notwendig;
- am **Gymnasium Koblenzer Straße** wird die Zügigkeit um einen Zug auf fünf Züge ab 1.8.2016 erhöht. Um- und Erweiterungsbauten einschl. einer Dreifachsporthalle sind notwendig;
- am Schulstandort **Stettiner Straße 98** soll die Fritz-Henkel-Hauptschule spätestens zum 31.7.2021 aufgelöst werden und ab 1.8.2016 sukzessive eine vierzügige Gesamtschule eingerichtet werden. Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen sind notwendig.

Für Sofortmaßnahmen stellte der Rat 3 Mio Euro, für Planungsleistungen 5 Mo Euro bereit und genehmigte einstimmig einen entsprechenden Dringlichkeitsbeschluss.

## Personalien

Der Rat wählte

- die Delegierten für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW am 14.4. in Aachen. Die SPD wird vertreten durch Matthias Herz und Bergit Fleckner-Olbermann;
- Stefan Ferber (Leiter Umweltamt) und Pascal Heithorn (Leiter Sportamt) in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Unterbacher See
- aufgrund der Steigerung der Einwohnerzahl einen weiteren Delegierten in die Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper e.V. Die SPD wird durch Udo Figge und Bergit Fleckner-Olbermann vertreten.

Der Rat ersetzte

- Dr. Gregor Bonin durch die Stadtkämmerin Dorothee Schneider im Aufsichtsrat der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Düsseldorf mbH und der Kunsthalle Düsseldorf gGmbH, durch Andrea Blome (Leiterin Amt für Verkehrsmanagement) als Vertreterin im Aufsichtsrat der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH, durch Dr. Stephan Keller im Aufsichtsrat der Flughafen Düsseldorf Ground Handling GmbH (Ersatzmitglied Dorothee Schneider);
- Miriam Koch im Kuratorium der Stiftung Schloss und Park Benrath durch Iris Bellstedt.

## Bauen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung folgender Projekte:

- **Neubau einer Zweifach-Sporthalle auf dem Grundstück der Franz-Vaahsen-Schule** (Wittlaer). Die Sporthalle soll auf einer Reservefläche des Schulgrundstücks für Schulsport und den TV Kalkum/Wittlaer mit rd. 1200 Mitgliedern errichtet werden. Außerdem soll die Halle als Versammlungsstätte für die Schule und den Stadtbezirk 5 ausgerüstet werden. Die Kosten werden mit 4,6 Mio Euro kalkuliert, Baubeginn soll im 3. Quartal 2017 erfolgen, Fertigstellung im 3. Quartal 2018;
- **Sanierung der Natursteinfassade am Luisen-Gymnasium** (Bastionsstr. 24) mit Gesamtkosten von 1,9 Mio Euro. Im Rahmen des Denkmalschutzes sollen Fördergeldes des Landes beantragt werden. Die Bauarbeiten sollen von 2017 bis 2019 durchgeführt werden.

Der Rat beschloss einstimmig die Ausführung und Finanzierung folgende Projekte:

- **Erweiterungsneubau an der Gemeinschaftsgrundschule Lörick, Wickrather Straße 31** für die Erhöhung der Zügigkeit von 2 auf 4 Züge mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 8,9 Mio Euro, Baubeginn im 3. Quartal 2016, Fertigstellung im 1. Quartal 2018;
- **Erweiterungsbau nebst einer Zweifach-Sporthalle und einer Übermittagsbetreuung am Goethe-Gymnasium** Lindemannstr. 57 mit Gesamtkosten von 15,3 Mio. Gegenüber dem Bedarfsbeschluss aus 2009 kam es zu Baukostenindexsteigerungen in Höhe von 1,9 Mio. Baubeginn ist im Mai 2016 vorgesehen, Fertigstellung im August 2018;
- **Verlagerung der Aloys-Odenthal-Schule** (städt. Gemeinschaftsgrundschule) zum Schulstandort Diepenstr. 24. Das ehemalige Hauptschulgebäude wird technisch und energetisch umfangreich saniert. Die beiden Pausenhallen werden zu Innenräumen umgebaut. Die Kosten belaufen sich auf 6,7 Mio Euro, Baubeginn im 3. Quartal 2016, Fertigstellung im 1. Quartal 2018;
- **Neubau einer Mensa an der Werner-von-Siemens-Realschule** unterhalb der aufgeständerten Aula mit Kosten von 1,3 Mio Euro, Baubeginn im 2. Quartal 2016, Fertigstellung im 4. Quartal 2016. Die Abwicklung erfolgt durch die Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH (IPM).

Der Rat beschloss einstimmig die **Finanzierung der öffentlichen Erschließung für den nördlichen Bereich des Gebietes Campus, Schlachthof, Schlösser-Areal**. Hier soll ein innerstädtische Wohnquartier entstehen mit einem Grünzug, der das Quartier mit der Fachhochschule verbindet. Die Herstellungskosten werden mit 4,3 Mio kalkuliert. Durch die Vermarktung der Wohnbauflächen wird mit Verkaufserlösen in Höhe von 11,9 Mio Euro gerechnet. Der Ausbau soll Anfang 2016 beginnen.

Der Rat genehmigte einstimmig einen Dringlichkeitsbeschluss zur **Teilnahme am Bundesprogramm 2016 zur Sanierung kommunaler Einrichtungen** in den Bereichen Sport, Jugend, Kultur. Zu diesem Programm, das bis zu 55 % der Sanierungsmaßnahmen fördert, meldete die Stadt die Maßnahmen Ersatzneubau der Jugendfreizeiteinrichtung Heerdter Landstr. 186, die Sanierung des Eisstadions, den Ersatzneubau Hallenbad Oberkassel, das Nachwuchsleistungszentrum Flinger Broich, die Sanierung der Audio- und Videotechnik der Oper, die Sanierung des Kulturbahnhofs Eller und die Sanierung des Tanzhauses an.

Der Rat genehmigte einstimmig eine Dringlichkeitsentscheidung zur Anmietung und Herrichtung der **Liegenschaft Nördlicher Zubringer 5** zur Unterbringung von rd. 420 Asyl suchenden Personen und Flüchtlingen, wobei die Herrichtung der Liegenschaft durch und auf Kosten des Vermieters erfolgt. Die Fertigstellung soll im 1. Quartal 2016 erfolgen. Die Mietkosten belaufen sich für ca. 7964 qm auf mtl. 86812,40 Euro zuzüglich Betriebs- und Nebenkosten.

Der Rat beschloss einstimmig die Umsetzung des Beschlusses **"Neubau Hallenbad Oberkassel"** mit der Erweiterung, dass Räumlichkeiten für die Bezirksverwaltungsstelle 4 integriert werden, und die Haushaltsmittel zur Investitionsfinanzierung in Höhe von 0,54 Mio in den Haushalt aufzunehmen. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine wirtschaftlich sinnvolle Folgenutzung der von der Bezirksverwaltungsstelle 4 genutzten Mietflächen umzusetzen.

## **Planungsrecht**

Der Rat

- beschloss einstimmig die 2. Landschaftsplanänderung **"Elbsee"**. Das 2011 beschlossene Gesamtnutzungskonzept für ein verträgliches Miteinander von Wassersportnutzung und Naturschutz an Unterbacher See, Elbsee, Menzelsee und Drei-

ecksweiher wurde in die Landschaftsplanänderung eingearbeitet. Der einstweilige gesicherte nördliche Teil des Elbsees wird nun dauerhaft als Naturschutzgebiet festgesetzt und mit dem bestehenden Naturschutzgebiet "Dreiecksweiher" vereint. Die im Gesamtkonzept vorgesehenen Entwicklungs-, Pflege- und Lenkungsmaßnahmen sind weitestgehend umgesetzt. Der Ausbau der Kanustrainingsstrecken steht noch aus;

- änderte einstimmig den **Rahmenplan Einzelhandel 2007** und setzte dies in den Flächennutzungsplanänderungen Hansaallee/Böhlerstraße und nördlich Westfalenstraße um. Die Lage des Einkaufszentrums Westfalenstraße wurde nach Norden verschoben, die Lage des Fachmarktstandortes wurde von der Willstätterstraße an die Heerdtter Landstraße (ehemals Sandvik) verlegt, nördlich der Willstätterstraße soll ein neues Nahversorgungszentrum entwickelt werden;
- beschloss einstimmig die Flächennutzungsplanänderung **Schwannstraße** (Golzhelm). Auf dem ehemaligen Realschulgelände werden nun Wohnbauflächen und ein Gewerbegebiet für Büros ausgewiesen.

### **Haushalt 2016**

Beschlossen wurden folgende Anträge von SPD, BÜ 90, FDP:

- Einrichtung einer rechnerischen Rücklage für den Bau und die Erweiterung von Schulgebäuden;
- gesamtstädtisches, fachämterübergreifendes Handlungskonzept zur Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen und Flüchtlingen, Finanzierung überwiegend aus Bundes- und Landesmitteln, Akquise von Fördermitteln, Bereitstellung von bis zu 750.000 Euro für Sprach- und Kulturmittler/innen, Deutschkurse, Stärkung des Psychosozialen Zentrum, Migrationsberatung, den Themenbereich Arbeit, Ausbildung, Praktika. Freigabe der Mittel nach Vorlage eines entsprechenden Konzeptes, regelmäßige Unterrichtung des Runden Tisches Asyl;
- einmalig 100.000 Euro für das Projekt "Ausbildung statt Stillstand" der Jugendberufshilfe und einmalig 100.000 Euro für das Projekt "ankommen & begleiten" des Berufsbildungszentrums;
- Bewerbung beim Land um den Standort für ein Mädchenhaus als Anlaufstelle für Mädchen und junge Frauen, die sexualisierte, körperliche und seelische Gewalt erlebt haben oder von Zwangsverheiratung bedroht sind, und Suche nach einer geeigneten Immobilie;
- 40.000 Euro für eine halbe Personalstelle für die Einrichtung einer TransBeratungs-, Koordinierungs- und Netzwerkstelle zur Durchführung von Einzelberatungen für transgeschlechtliche Personen und deren Angehörige, für ein Beratungsangebot im Jugendtreff PULS (Jugendzentrum für junge Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle) und die Koordination der Selbsthilfe sowie die Bildung eines Netzwerks von Arztpraxen, Rechtsanwälten/Rechtsanwältinnen und weiteren Ansprechpartnern und Ansprechpartnerinnen bei Behörden, Krankenkassen und Sozialdiensten. Es soll darauf hingearbeitet werden, als Landesfachstelle anerkannt und gefördert zu werden;
- auf der Grundlage des Projektes "Verwaltung 2020" soll zum Haushalt 2017 ein veränderter Stellenplan vorgelegt werden. Die Personalwirtschaft soll weiterentwickelt, der Ausbau der Ausbildung mit Priorität umgesetzt und die begonnenen Maßnahmen der Personalentwicklung sollen fortgesetzt.

In leicht veränderter Fassung wurde ein Antrag der CDU beschlossen: Nach Diskussion und Beschlussfassung im Ordnungs- und Verkehrsausschuss soll die Verwaltung beauftragt werden, eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der neuen U 71 über Benrath hinaus nach Garath erstellen zu lassen. Hierfür wurden 40.000 Euro in den Haushalt eingestellt.



Der Stellenplan wurde gegen CDU, TP/FW, Rep und Linke beschlossen (Enthaltung AFD).

Der Gesamthaushalt wurde mit den Stimmen von SPD, BÜ 90, FDP, gegen CDU, Linke, TP/FW, AfD, Rep beschlossen, Enthaltung Pirat. Im Ergebnis werden 29,8 Mio Euro aus der Ausgleichsrücklage entnommen. Für Investitionen werden Kredite von der Holding in Höhe von max 61,4 Mio aufgenommen. Zur Liquiditätssicherung können Kredite bis zu 438,6 Mio aufgenommen werden. Im Rahmen der investiven Beschaffung von Asylunterkünften können Kredite aus Förderprogrammen bis zu 50 Mio Euro aufgenommen werden.

Die Sitzung dauerte von 9 bis 0.05 Uhr. Da kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und für 2016 persönliches Wohlergehen.

Mit freundlichen Grüßen  
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,  
Email: helgaleibauer@arcor.de**